

DIE LAGE DER POLITISCHEN UND SOZIALEN ERZIEHUNG IN DEUTSCHLAND

Die Fragen der politischen und sozialen Erziehung sind in letzter Zeit in Deutschland durch eine Reihe von Tagungen aktuell geworden. Dabei steht der Versuch, die politischen und sozialen Wissenschaften auch an den traditionellen Hochschulen, besonders den Universitäten, wesentlich an der Erziehung und Bildung der Studierenden zu beteiligen, bei weitem im Vordergrund. Daneben ist die Tatsache, dass in Deutschland seit etwa zwei Jahren eine ganze Reihe entweder an Traditionen eigener Art anknüpfende oder neue politische und soziale Hochschulen entstanden sind, die mithilfe der Sozialwissenschaften an einer höheren politischen Bildung und Erziehung der jungen Generation schon einige Zeit in Ruhe und mit steigendem Erfahrungsgewinn arbeiten, allzu sehr übersehen worden. Ein Überblick über die Ziele und Ergebnisse der Tagungen wird uns zeigen, dass eine Zusammenarbeit aller an der politischen Bildung interessierten Institutionen und aller politischen Kräfte unseres Staatswesens dringend erforderlich ist.

Die Initiative, die politische Erziehung durch eine Reihe von klärenden und entscheidungsfassenden Aussprachetagungen zu fördern, hatte die hessische Landesregierung ergriffen, indem sie im September 1949 Vertreter der Justiz- und Kultusministerien, der Universitäten und einiger anderer Hochschulen Westdeutschlands auf das Jagdschloss Waldleiningen einberief. Im Mittelpunkt dieser Tagung stand die Frage der Erweiterung des Universitätsstudiums auf dem Gebiete der sozialen und politischen Wissenschaften. Eine EntschlieÙung, die die Errichtung von Lehrstühlen der politischen Wissenschaften, Bereitstellung der Mittel zur Forschung in diesen Fächern und Ausdehnung dieser Fächer auf den Studienplan aller Studenten forderte, war das Ergebnis der Tagung. In der Aussprache kamen die verschiedensten Standpunkte zum Ausdruck: Ausländische Gäste berichteten eindringlich über den Stand der politischen Wissenschaften in Frankreich, in den Vereinigten Staaten usw.; von der Verschiedenheit der Stellungnahme der deutschen Teilnehmer gibt eine kleine Broschüre Ausdruck, die jetzt der Theologe Prof. Baumgärtel, Rektor der Universität Erlangen, zusammen mit Prof. Weippert über die Fragen der Waldleiningener Tagung veröffentlicht hat („Politische Wissenschaften an den Hochschulen?“, Verlag Junge & Sohn, Erlangen). Baumgärtel nimmt im großen und ganzen gegen die Einführung der politischen Wissenschaften an den Hochschulen Stellung und betont dagegen, dass das für uns Deutsche Notwendige und Entscheidende in der Heranbildung der neuen Generation allein das Menschliche sein solle. So sehr jeder Kenner der Sozialwissenschaften im weitesten Sinne es ablehnen wird, aus dem Satz, dass „für uns das Politikum das Humanum ist“, die Überflüssigkeit der Verstärkung der politischen und sozialen Sachwissenschaften an den deutschen Hochschulen zu folgern, so sehr möchten wir diese Position als eine Mahnung dazu bezeichnen, dass wie in den anderen Sachwissenschaften auch in der Ausbildung in den politischen und sozialen Wissenschaften das Menschliche im Vordergrund der Bildungsziele zu stehen hat.

Zu bedauern ist, dass die in engster Verbindung mit den Gewerkschaften arbeitenden Sozialakademien, die über eine gewisse Erfahrung in den praktischen Erziehungsmethoden und -ergebnissen mit politischen und sozialen Wissenschaften verfügten, nicht zu der Waldleiningener Tagung eingeladen wurden. So geschieht es dann, dass in einem Bericht, den das Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten in Frankfurt in englischer Sprache herausgibt, der also zur Unterrichtung des Auslandes gedacht ist, in der Schilderung der Lage der politischen Erziehung außerhalb der Universitäten zwar eine Dolmetscherschule und eine Verwaltungsakademie zu Wort kommen, dagegen die zum Teil auf lange Tradition zurückblickenden oder wenigstens in der praktischen politischen Erziehung und Ausbildung zweifellos fortgeschrittensten politischen Hochschulen eigener Art, wie die Akademie der Arbeit in Frankfurt, die Sozialakademie in Dortmund oder die Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg, in keiner Weise erwähnt werden. Da auf diese Sozialakademien in dem ein halbes Jahr früher erschienenen „Gutachten zur Hochschulreform“ vom Studienausschuss für Hochschulreform der britischen Zone in ausführlicher Weise verwiesen wurde, ist diese einseitige und zu falschen Schlüssen führende Unterrichtung des Auslandes über

den Stand der politischen Erziehung in Deutschland unverständlich und bedauerlich.

Ausschließlich um die Behandlung der politischen Wissenschaften an den Universitäten und technischen Hochschulen kümmerte sich eine fünfköpfige Kommission, die die westdeutsche Rektorenkonferenz im Herbst 1949 eingesetzt hat. Ihr Bericht, der von der Rektorenkonferenz im März 1950 gebilligt wurde, empfiehlt die Einführung und Betonung der Staatsbürgerkunde an allen Schulen; die Auflockerung der bloßen Fachausbildung an den Universitäten, um durch neue Fächerkombinationen auch die Wahl politischer Fächer für die zukünftigen Beamten zu ermöglichen; weiter eine Lehre über Politik an den Hochschulen, wobei die Einführung besonderer Lehrstühle oder gar eigener politischer Fakultäten nur zögernd und mit Bedenken bejaht wird. Ferner macht der Bericht auf die durchaus problematische Lage eines besonderen Wissenschaftsfaches „Politik“ aufmerksam und bezweifelt, dass eine unmittelbare Übertragung der aus ganz anderen Quellen stammenden „Political Science“ auf das deutsche Hochschulwesen möglich ist.

Gegenüber dieser sich allein im Rahmen der traditionellen Hochschulen bewegenden Beratung über die Rolle der politischen Wissenschaft berief nun die Deutsche Hochschule für Politik in Berlin zum zweiten Jahrestag ihres Wiederbestehens vom 16. bis 18. März 1950 in Berlin eine Tagung über „Die Wissenschaft im Rahmen der politischen Bildung“ ein. Getragen wurden die Beratungen durch zwei Vorträge, die Alfred Weber (Heidelberg) über „Politische Wissenschaft im Rahmen der politischen Bildung“ und Eugen Kogon (Frankfurt) über „Die politische Bildung der Deutschen“ hielten. Im Vordergrund der Arbeitstagung standen die Fragen der wissenschaftsmethodischen Grundlegung der Politik als Wissenschaft, ihre Definition und ihre Wertvoraussetzungen oder ihre Wertfreiheit. Während das Gutachten der Rektorenkonferenz die Fraglichkeit eines eigenen Wissenschaftsfaches „Politik“ aufweist, beginnt die Entschließung der Berliner Tagung mit der Konstatierung: „Es gibt eine eigene Wissenschaft von der Politik“. Mit besonderer Betonung wird die Errichtung von wissenschaftlichen Forschungszentren für diese Politik, also eigenen Hochschulen der Politik oder wenigstens, eigenen Fakultäten und eigene Lehrstühle an den Universitäten, gefordert. Wie es bedauerlich war, dass die Kommission der Rektorenkonferenz keinen Vertreter der bestehenden Hochschulen für Politik zu ihrer Beratung hinzuzog, so muss auch umgekehrt bedauert werden, dass nur ein einziges Mitglied der Kommission der Rektorenkonferenz (Michael Freund, Kiel) auf der Berliner Tagung anwesend war und eine Übereinstimmung der beiden sich in wesentlichen Gesichtspunkten durchaus unterscheidenden Anschauungen herbeizuführen suchte.

Mit vorwiegend praktischen organisatorischen Angelegenheiten beschäftigte sich eine Arbeitstagung, die der Deutsche Gewerkschaftsbund zum 27. März nach Hamburg einberufen hatte und an der Vertreter des Bundesvorstandes, des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, der Bundesschulen und die Leiter der Akademie der Arbeit in Frankfurt, der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg, der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven und der Sozialakademie Dortmund teilnahmen. Der Austausch über die Fragen des praktischen Lehrbetriebes, der Lehrziele und der Organisation der Hochschulen ergab — bei voller Anerkennung und Bejahung der Verschiedenheit dieser Hochschulen in ihrer Organisation und in ihren , Ausbildungszielen — doch eine große Reihe gemeinsamer Interessen. Zu ihrer Vertretung wurde eine Arbeitsgemeinschaft der politischen und sozialen Hochschulen gegründet, die dem ständigen Erfahrungsaustausch und der Förderung der Zusammenarbeit mit den politischen und sozialen Organisationen und anderen Hochschulen dienen soll. Als geschäftsführende Hochschule wurde fürs erste die unter den Hochschulen dieser Art auf die älteste Tradition zurückblickende Akademie der Arbeit (Frankfurt) gewählt. Die Teilnehmer der Tagung hatten Gelegenheit, an einem zweiten Sitzungstag mit, den Hochschulreferenten der Länder alle Fragen, die diese Hochschulen und die Hochschulverwaltungen der Länder betreffen, durchzusprechen und zu klären.

Der kurze Blick über diese Bestrebungen, die Politik und die Sozialwissenschaften im deutschen Bildungswesen stärker zu fördern, zeigt, dass neben klaren praktischen Ansätzen eigener Art auch die traditionellen Hochschulen, nämlich die Universitäten, die technischen Hochschulen usw., diesen Fragen erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Auch hier wäre wie auf anderen Gebieten eine größere Zusammenfassung und Zusammenarbeit aller beteiligten wissenschaftlichen und politischen Kräfte erwünscht, da nur in einer solchen Einheit die erstrebten Ziele einer politischen Erziehung erreicht werden können.